



„BELOHNUNG FÜR TERROR“

Israel verurteilt Anerkennung Palästinas

Nachdem Großbritannien, Kanada und Australien am Sonntag die Anerkennung Palästinas verkündet haben, äußerte Israel heftige Kritik. „Kein Palästinenserstaat wird westlich des Jordans errichtet werden“, so Premierminister Benjamin Netanjahu. Zudem wolle Israel den Siedlungsausbau im Westjordanland vorantreiben. Die Anerkennung geschah im Vorfeld der am Montag startenden UNO-Generaldebatte in New York, bei der weitere Länder einen Palästinenserstaat anerkennen wollen.

Online seit gestern, 23.08 Uhr

Teilen



Reuters/Nathan Howard

Israel verurteilt Anerkennung Palästinas

Nachdem Großbritannien, Kanada und Australien am Sonntag die Anerkennung Palästinas verkündet haben, äußerte Israel heftige Kritik. „Kein Palästinenserstaat wird westlich des Jordans errichtet werden“, so Premierminister Benjamin Netanjahu. Zudem wolle Israel den Siedlungsausbau im Westjordanland vorantreiben. Die Anerkennung geschah im Vorfeld der am Montag startenden UNO-Generaldebatte in New York, bei der weitere Länder einen Palästinenserstaat anerkennen wollen.

Online seit gestern, 23.08 Uhr

Teilen



Netanjahu verurteilte die Anerkennung zudem als „enorme Belohnung“ für Terror nach dem Massaker in Israel am 7. Oktober 2023. Israel werde erst nach seiner Rückkehr von einer Reise in die USA auf die Anerkennung reagieren, erklärte er nach Angaben seines Büros weiter. „Es wird keinen palästinensischen Staat westlich des Jordan-Flusses geben“, sagte Netanjahu. Westlich des Jordan-Flusses liegen Israel, das Westjordanland und der Gazastreifen.

Die Anerkennung sei zudem eine Bedrohung für die Existenz Israels. Er habe jahrelang die Einrichtung eines palästinensischen Staates trotz enormen Drucks von innen und außen verhindert, sagte Netanjahu zudem. Gleichzeitig habe man die Besiedlung des besetzten Westjordanlands verdoppelt – „und wir werden auf diesem Weg weitermachen“, so der israelische Premier.

Ultrarechte israelische Politiker wie Finanzminister Bezalel Smotrich und Polizeiminister Itamar Ben-Gvir verurteilten die Anerkennung ebenfalls scharf. Als Gegenmaßnahme forderten sie eine Annexion des besetzten Westjordanlands – das ließe einen eigenen

Ultrarechte israelische Politiker wie Finanzminister Bezalel Smotrich und Polizeiminister Itamar Ben-Gvir verurteilten die Anerkennung ebenfalls scharf. Als Gegenmaßnahme forderten sie eine Annexion des besetzten Westjordanlands – das ließe einen eigenen palästinensischen Staat in noch weitere Ferne rücken. Israels Oppositionsführer Jair Lapid bezeichnete den Schritt Großbritanniens, Australiens und Kanadas als „diplomatische Katastrophe“ und ebenfalls als „eine Belohnung für den Terror“.

Auch Portugal erkennt Staat Palästina an

Zuvor hatte der britische Premierminister Keir Starmer im Onlinedienst X geschrieben, sein Land „erkennt formell den Staat Palästina an“. Starmer hatte bereits im Juli erklärt, im September einen Palästinenserstaat anzuerkennen, sollte Israel nicht „substanzielle Schritte“ zur Verbesserung der Situation in Gaza unternehmen. Gleichzeitig mit Großbritannien kündigten auch Kanada und Australien die Anerkennung eines Palästinenserstaates an.

Sonntagabend verkündete dann Portugal denselben Schritt. Dabei handle es sich um die „Erfüllung einer grundlegenden, beständigen und weithin anerkannten Politik“, sagte Außenminister Paulo Rangel vor Journalistinnen und Journalisten in New York. Portugal setze sich für die Zweistaatenlösung als „einzigen Weg zu einem gerechten und dauerhaften Frieden“ zwischen Israel und den Palästinensern ein, betonte Rangel.

Der palästinensische Präsident Mahmud Abbas bedankte sich und sprach von einem „wichtigen und notwendigen Schritt in Richtung eines gerechten und dauerhaften Friedens“. Die britische Anerkennung werde den Weg für die Umsetzung einer Zweistaatenlösung bereiten, inklusive eines Palästinenserstaates, der friedlich Seite an Seite mit Israel existieren werde.

MEHR ZUM THEMA



GB, Australien, Kanada erkennen Palästina an

UNO-Generaldebatte in New York

Die Anerkennung am Sonntag passierte im Vorfeld der am Montag beginnenden UNO-Generaldebatte am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York. Frankreich und Saudi-Arabien richteten ein Gipfeltreffen aus, bei dem die Anerkennung eines Palästinenserstaats durch mehrere Länder bekanntgegeben werden soll. Neben Frankreich nannte ein Berater des französischen Präsidenten Emmanuel Macron auch Andorra, Belgien, Luxemburg, Malta und San Marino.

Grafik: APA/ORF; Quelle: APA

Palästina: Anerkennung weltweit

- 151* von 193 UNO-Staaten erkennen Palästina als eigenen Staat an
- geplant
- keine Anerkennung



* Großbritannien, Kanada, Portugal, Australien: Anerkennung am 21. September angekündigt

Rund 150 Staaten weltweit haben einen Palästinenserstaat anerkannt. Vor dem Hintergrund des Gaza-Krieges zwischen Israel und der islamistischen Palästinenserorganisation Hamas hatten die drei EU-Länder Spanien, Irland und Slowenien und auch Norwegen schon im vorigen Jahr einen Staat Palästina anerkannt. Mit Frankreich hätten vier der fünf UNO-Vetomächte einen Palästinenserstaat anerkannt – einzig die USA nicht.

Siedlungsausbau und Annexionsbestrebungen

Israel lehnt die Zweistaatenlösung strikt ab. Gleichzeitig treibt die Netanjahu-Regierung den Siedlungsbau in Westjordanland und Ost-Jerusalem systematisch voran und schafft so Fakten vor Ort. In den Gebieten leben mehr als 700.000 Siedler und Siedlerinnen neben rund drei Millionen Palästinensern.

Durch Israels fortschreitende Besiedlung kommt der Vorstoß Großbritanniens und anderer einflussreicher Länder de facto jedoch einer eher symbolischen Anerkennung eines Staates ohne Land gleich. Auch der britische Vizepremier David Lammy räumte bei Sky News ein, eine Anerkennung bedeute nicht, dass über Nacht ein palästinensischer Staat entstehen werde.

Hamas-Angriff am 7. Oktober

Die Hamas und ihre Verbündeten hatten Israel am 7. Oktober 2023 überfallen und damit den Gaza-Krieg ausgelöst. Bei dem Großangriff wurden nach israelischen Angaben mehr als 1.200 Menschen getötet. 251 Menschen wurden als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Noch immer werden dort laut israelischen Angaben etwa 20 lebende Geiseln festgehalten.

Als Reaktion auf den Hamas-Überfall geht Israel in großem Ausmaß militärisch im Gazastreifen vor. Dabei wurden nach Angaben der Hamas-Behörden schon mehr als 65.000 Menschen getötet. Das Leid

Durch Israels fortschreitende Besiedlung kommt der Vorstoß Großbritanniens und anderer einflussreicher Länder de facto jedoch einer eher symbolischen Anerkennung eines Staates ohne Land gleich. Auch der britische Vizepremier David Lammy räumte bei Sky News ein, eine Anerkennung bedeute nicht, dass über Nacht ein palästinensischer Staat entstehen werde.

Hamas-Angriff am 7. Oktober

Die Hamas und ihre Verbündeten hatten Israel am 7. Oktober 2023 überfallen und damit den Gaza-Krieg ausgelöst. Bei dem Großangriff wurden nach israelischen Angaben mehr als 1.200 Menschen getötet. 251 Menschen wurden als Geiseln in den Gazastreifen verschleppt. Noch immer werden dort laut israelischen Angaben etwa 20 lebende Geiseln festgehalten.

Als Reaktion auf den Hamas-Überfall geht Israel in großem Ausmaß militärisch im Gazastreifen vor. Dabei wurden nach Angaben der Hamas-Behörden schon mehr als 65.000 Menschen getötet. Das Leid der Bewohnerinnen und Bewohner in Gaza ist immens. Ende August wurde in einem IPC-Bericht verschiedener Hilfsorganisationen und UNO-Organisationen für Teile des Gazastreifens eine Hungersnot ausgerufen. IPC ist ein weltweit anerkanntes Instrument zur Einordnung von Ernährungssicherheit und Hungersnöten.

red, ORF.at/Agenturen

Links:

- [Israelische Regierung](#)
- [Britischer Premierminister](#)
- [Kanadischer Premierminister](#)
- [Australischer Premierminister](#)
- [Portugiesische Regierung](#)
- [UNO](#)